

1 Vielfalt leben. Queerfeindlichkeit stoppen. Neutralität ist keine Option!

2

3 Antrag an den 38. LSVD⁺-Verbandstag am 18./19. April 2026

4 Antragstellende: Bundesvorstand

5 Die queerpolitischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte stehen mehr denn je unter Druck.
6 Nachdem wir als Communitys und Einzelpersonen unsere Sichtbarkeit erstritten haben, ja
7 manche der errungenen Rechte von vielen bereits als Selbstverständlichkeit empfunden
8 werden, hat sich der Wind inzwischen spürbar gedreht: Die nunmehr auch in allen Landesteilen
9 erstarkende AfD hat Queer- und vor allem Trans*feindlichkeit als Brückenideologie und
10 Brandbeschleuniger identifiziert. Die CDU/CSU übernimmt aus Angst vor ihrem
11 Bedeutungsverlust mehr und mehr dieser queerfeindlichen Positionen, und die SPD steht zwar
12 verbal klar an der Seite der Community, zeigt jedoch innerhalb der Bundesregierung kaum
13 queerpolitisches Rückgrat. Die Angriffe auf die queere Community reihen sich dabei ein in einen
14 großangelegten Paradigmenwechsel: Zivilgesellschaft wird nicht mehr als Ausgangspunkt der
15 Willensbildung, sondern als verlängerter Arm einer fälschlicherweise als ideologiefrei verkauften
16 Politik verstanden. Gerade der Einsatz für "Minderheitenrechte" wird hier bewusst als
17 parteipolitisch motiviert und als vermeintlich spaltende Identitätspolitik gerahmt.

18 Insgesamt erleben wir zunehmende politische Angriffe auf zivilgesellschaftliche Strukturen und
19 auf die Arbeit zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation - durch die AfD, aber auch durch die
20 Bundesregierung. Dazu gehören drastische Kürzungen, zahlreiche strategische kleine Anfragen
21 und von rechts orchestrierte Shitstorms, die Misstrauen gegenüber unserer Arbeit schüren und
22 unsere Ressourcen binden sollen. Dazu gehört, dass unsere erkämpften Erfolge nicht nur
23 kritisch hinterfragt, sondern teilweise auf eine Art sabotiert werden, dass dadurch neuer
24 Schaden entsteht, wie bei der aktuellen Debatte um die Meldedatenverordnung. Dazu gehört
25 ebenso, dass die Bundesregierung sich nicht einmal auf die Reform des Abstammungsrechts,
26 die seit Jahren verfassungsrechtlich geboten ist, einigen kann. Dazu gehört auch, dass
27 bestehende Hilfsstrukturen für Menschen in Not nicht nur ausgeschlichen, sondern mitunter so
28 abrupt beendet werden, dass Menschenleben in Gefahr geraten. Die Bundesregierung nimmt
29 das in Kauf, wie bspw. bei der Einstellung des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan.

30 Doch wir im LSVD⁺ als starke Stimme der Communitys bleiben dran. Wir werden uns nicht
31 darauf einlassen, nur Abwehrkämpfe zu führen, sondern weiter für unsere queerpolitischen
32 Forderungen werben. Ganz vorne steht hierbei für uns der Einsatz für die ausdrückliche
33 Ergänzung von Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes um queere Menschen. Die kommenden
34 Monate könnten dabei die vorerst letzte Chance sein, den im Grundgesetz verbrieften Schutz
35 auch auf die letzte große NS-Opfergruppe, die noch nicht explizit in Art. 3 Abs. 3 GG genannt
36 ist, zu erweitern. Kinder queerer Eltern müssen genauso wie alle anderen von Geburt an
37 (mindestens) zwei Eltern haben können! Das geltende Abstammungsrecht ist
38 verfassungswidrig, diesen Zustand weiter hinzunehmen eines Rechtsstaats nicht würdig. Eine
39 weitere Priorität ist und bleibt für uns der Einsatz gegen den Anstieg queerfeindlicher
40 Hasskriminalität. Wir haben hier konkrete Vorschläge gemacht und werden weiter auf ihre
41 Umsetzung dringen. Besonderes Augenmerk wollen wir hierbei auf den Kampf gegen die rasant

42 wachsende TIN-Feindlichkeit legen, die derzeit vor allem von Rechtsaußen als
43 Brückenideologie geschürt wird, um die extreme Weltanschauung der AfD in der Mitte der
44 Gesellschaft hoffähig zu machen. Gerade im Netz müssen hier die Plattformen - aber auch der
45 Staat - den Hasspredigten endlich Einhalt gebieten. Nachdem beim Thema Asyl die für
46 Verfolgte grundgesetzlich verbriefte Möglichkeit, in Deutschland Schutz zu erhalten, spätestens
47 mit der GEAS-Reform fast vollständig verunmöglicht wurde, fordern wir von der Politik mehr
48 denn je: Sorgt dafür, dass LSBTIAQ* aus Verfolgerstaaten im Rahmen von
49 Aufnahmeprogrammen und Resettlement in Deutschland Schutz erhalten!

50 Um diese vier Ziele umzusetzen, ist es jedoch nötiger denn je, verstärkt den Fokus auf den
51 Schutz unserer Zivilgesellschaft zu richten. Diese steht nicht nur seitens der AfD, sondern auch
52 seitens großer Teile der Union unter Beschuss. Hierzu sucht der LSVD⁺ in breiten Bündnissen
53 den Schulterschluss mit anderen Organisationen, aber auch selbst das Gespräch mit
54 Öffentlichkeit und Politik. Wir meinen: In Zeiten wachsender Queerfeindlichkeit und dem
55 Erstarren der massiv queerfeindlichen AfD darf es keine falsche Neutralität geben.

56 Der Einsatz für unsere Rechte und für eine freie, demokratische und vielfältige Gesellschaft wird
57 niemals politisch neutral sein. In diesem Sinne machen wir gemeinsam weiter für Grund- und
58 Menschenrechte und für unsere Community: Laut - stark - queer.
59